

# freiheit-liberté

November 2019 | Newsletter IG Freiheit | Postfach 470, CH-8702 Zollikon | [www.freiheit-liberte.ch](http://www.freiheit-liberte.ch)



## Editorial

Am 20. Oktober gingen die National- und Ständeratswahlen über die Bühne. Leider fielen sie nicht in unserem Sinne aus: Während die liberalen, bürgerlichen Kräfte Sitze verloren, gewannen linksgrüne Kreise an Einfluss in Bundesbern. Die Verluste der Sozialdemokraten dürfen nicht über die Kräfteverhältnisse hinwegtäuschen: Die Grünen befanden sich im Politspektrum immer links von der SP. Oder anders gesagt: Sie sind die zuverlässigeren Sozialisten.

Besonders bedauerlich aus Sicht der IG Freiheit ist die Tatsache, dass unsere beiden Vorstandskollegen Thomas Müller und Jean-François Rime nicht mehr gewählt worden sind. Der erfahrene Jurist und Stadtpräsident Thomas Müller, aber auch Unternehmer und SGV-Präsident Jean-François Rime waren während vieler Jahre wichtige Stützen in unserem Vorstand. Im Namen der IG Freiheit möchte ich den beiden herzlich für Ihren tollen Einsatz danken!

Das neue Parlament wird nun gefordert sein, die von den Linken angestrebte Verbotskultur zu verhindern und für unsere liberale Rechtsordnung zu kämpfen. Ginge es nach den neuen grünen Parlamentariern, sollte der Staat viel mehr neue Gesetze und Regeln schaffen, um die Bürger vor unangenehmen oder schwierigen Entscheidungen zu «entlasten» [Zitat!]. Eine derartige Bevormundungsmentalität wäre Gift für unser Land – sowohl für den Wirtschaftsstandort wie auch für die direkte Demokratie.

Selbstverständlich ist es richtig, unserer schönen Landschaft Sorge zu tragen, umweltverträgliche Technologien zu entwickeln und so Verantwortung zu übernehmen. Als Bahnunternehmer weiss ich, wovon ich spreche. Doch diese Aufgaben muss der Markt lösen. Mit einer Planwirtschaft ist dies nicht möglich.

Es ist nötiger denn je, dass sich die IG Freiheit gegen unsinnige Auflagen, Konsumvorschriften und neue Steuern wehrt. In unserem Land soll auch weiterhin der selbstverantwortliche Bürger im Zentrum stehen. Auch der unternehmerischen Freiheit gilt es Sorge zu tragen: Die Wirtschaft muss wachsen, nicht der Staat! In diesem Sinne zähle ich auf Sie alle – beim Engagement für eine liberale, freiheitliche Schweiz!

Mit freundlichen Grüssen,

Peter Spuhler, alt Nationalrat  
(Vorstandsmitglied IG Freiheit)

## Bürokratische Auflagen bereits im Kindergarten

### Risikoanalyse für Räbeliechtli-Umzug

**Am alljährlichen Räbeliechtli-Umzug tapsen kleine Kinder scharenweise mit ihren selbstgeschnitzten und schmuckvoll leuchtenden Laternen aus Räben durch die Strassen und besingen die Sonne, den Mond und die Sterne. Während die stolzen Eltern dem fröhlichen Treiben beiwohnen, sind die Organisatoren dieser herzerwärmenden Tradition auf der Hut, denn es herrscht höchste Gefahr. In Form von Stromausfällen, Anschlügen oder auch Wildurinierern könnte Ungemach drohen.**

So zumindest sieht es die Stadtpolizei Zürich. Seit Januar dieses Jahres müssen die Organisatoren solcher Umzüge nämlich dem Bewilligungsgesuch auch eine sogenannte «Risikoanalyse» beilegen. In der Vorlage «Hilfe zur Erstellung von Risikoanalysen» von der Stadtpolizei werden diverse Horroszenarien erwähnt. So müssen starke Unwetter mit Blüten ebenso in Betracht gezogen werden wie Stromausfälle oder Schlägereien. Ebenfalls aufgelistet sind Wildpinkler, Todesfälle und Bombendrohungen. Neben der Aufzählung möglicher Gefahren müssen Veranstalter darlegen, welche Sicherheitsmassnahmen ergriffen werden, um den Eintritt solcher Szenarien zu verhindern, aber auch wie im Fall eines Gefahreintritts reagiert würde. Glücklicherweise verfügt die Stadt Zürich über eine Fachstelle für «Crowd Management», welche ihre amtliche Erfahrung mit solchen Situationen einbringen kann.

#### Verärgerte Quartiervereine

Dies alles ist sehr zum Unmut der betroffenen Veranstalter, die im Falle von Räbeliechtli-Umzügen in Zürich meist Freiwillige aus einem Quartierverein sind. Ein «bürokratischer Nonsense» hält die Präsidentin des Quartiervereins Affoltern fest. Die Quartiere hätten jetzt schon Mühe, Freiwillige für ihre Räbeliechtli-Umzüge zu finden, doch

durch solche bürokratischen Hürden werde das in Zukunft noch schwieriger, sagt eine Leidensgenossin vom Quartierverein Höngg. Von allen Seiten kämen immer neue Anforderungen, welche jeweils mitberücksichtigt werden müssten, so der Präsident desselben Vereins. Das mache es einfach schwierig, solche Veranstaltungen durchzuführen.

#### Stadtpolizei verteidigt Auflagen

Ganz anders tönt es von der Stadtpolizei. Auch bei kleineren Veranstaltungen könne einmal etwas passieren. Dann sei es gut, wenn man entsprechende Planungen schon gemacht habe, sagt die Sprecherin der Stadtpolizei. Die Organisatoren müssten sich aber nicht sorgen, dass die Umzüge aufgrund der neuen Vorgaben nicht mehr bewilligt werden.

Dem Bürokratie-Irrsinn begegneten die Organisatoren schliesslich mit einer Prise Humor. So bereiteten sie sich, der Polizei sei Dank, darauf vor, was passieren würde, wenn es plötzlich zu einem akuten Engpass an «Schoggibrötli» käme, wie man sich beim Fall eines Meteoriteneinschlages zu verhalten habe oder wie mit einem Kinderwagen umzugehen sei, bei dem ein Rad klemmt.



Spannendes Podium im Toggenburg

## 11. Herbsttagung in Ebnat-Kappel

Bereits zum elften Mal führte die IG Freiheit den jährlichen Herbstanlass im «Haus der Freiheit» im Toggenburg durch. Präsident Gregor Rutz und Gastgeber Toni Brunner durften einmal mehr rund 80 Mitglieder und Gäste begrüßen. Auf dem Programm stand ein spannendes Podiumsgespräch, welches einen Ausblick auf die neue Legislatur beinhaltete.



v.l.n.r. Gregor Rutz, Claudia Blumer, Nicole Barandun, Esther Friedli, Mirjam Teitler, Karin Weigelt und Bruno Walliser

Die Herbsttagung in Ebnat-Kappel ist mittlerweile zur beliebten Tradition geworden. Seit über 10 Jahren führt die IG Freiheit diesen Anlass jeweils anfangs September durch. Viele Teilnehmer sind schon Stammgäste geworden und freuen sich jedes Jahr auf den unterhaltsamen Abend im «Haus der Freiheit». Abseits von der Hektik des Alltags finden die Podiumsgespräche im Toggenburg immer in einem entspannten und konstruktiven Rahmen statt.

In diesem Jahr standen natürlich die eidgenössischen Wahlen im Zentrum: Am 20. Oktober wurden bekanntlich die Mitglieder des Nationalrats und des Ständerats neu gewählt. Die IG Freiheit lud verschiedene Kandidatinnen zu einem Podiumsgespräch ins Toggenburg ein. Die St. Galler Nationalratskandidatinnen Karin Weigelt (FDP) und Esther Friedli (SVP) diskutierten mit der Zürcher Ständeratskandidatin Nicole Barandun (CVP) sowie Anwältin Mirjam Teitler. Die Gesprächsleitung übernahm Claudia Blumer, Redaktorin beim Tages-Anzeiger.

In der lebhaften Diskussion stand vor allem eine Frage im Zentrum: Welche Erwartungen haben wir an die nächste Legislatur? Die Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Schweiz, die europa- und sozialpolitischen Fragestellungen, aber auch Energiefragen

und Probleme der Migrationspolitik wurden intensiv besprochen.

Sodann wurden aber auch andere Fragen diskutiert: Warum streben insbesondere Frauen ein Politmandat an? Was bringen Unternehmerinnen an spezifischen Erfahrungen und Kenntnissen mit? Wie soll man mit den zunehmenden Vorschriften des täglichen Lebens, z.B. betreffend Konsum und Lebensmittel, umgehen?

Nach einer interessanten Diskussion stand das traditionelle Nachtessen auf dem Programm. Der Teller «Ghackets und Hörnli» sowie der berühmte Toggenburger «Schlorzifladen» durften auch an dieser Herbsttagung nicht fehlen. Der Ausklang des Abends fand bei einem guten Glas Wein, einer Zigarre und spannenden Unterhaltungen im Fumoir statt.



Toggenburger «Schuppl» mit Andi Brunner



## Wahlen 2019

Die Wahlen 2019 sind aus Sicht der IG Freiheit enttäuschend verlaufen: Die bürgerlichen Parteien verloren fast durchwegs, während linksgrüne Kräfte Gewinne verzeichnen konnten.

Mit soliden Resultaten wiedergewählt wurden unsere Vizepräsidenten Christian Lüscher (FDP/GE) und Gerhard Pfister (CVP/ZG), Präsident Gregor Rutz (SVP/ZH) sowie die Vorstandsmitglieder Petra Gössi (FDP/SZ) und Alois Gmür (CVP/SZ).

Enttäuschend hingegen sind die Resultate aus den Kantonen St. Gallen und Freiburg: Für die Nationalräte Thomas Müller (SVP/SG) und Jean-François Rime (SVP/FR) hat es nicht mehr zur Wahl gereicht; ihre Sitze gingen an linke Kandidaten verloren. Unsere Vorstandsmitglieder Jean-René Fournier (Ständerat CVP/VS) und Walter Müller (Nationalrat FDP/SG) wiederum sind altershalber nicht mehr angetreten.

Ein Lichtblick war das Wahlresultat unseres Revisors Matthias Baumberger (CVP/ZH), welchem auf der Liste der Sprung vom 21. Platz auf den 8. Schlussrang gelang.

## Gefährliche neue staatliche Interventionen gefordert

# Werbeverbote für Flugreisen?

**In einer Interpellation kritisiert die grüne Nationalrätin Adèle Thorens Goumaz den Flugverkehr. Die Flugreisen selbst sollen vorerst nicht verboten werden. Hingegen fordert die grüne Parlamentarierin, dass die Werbung, welche solche Flugreisen propagiert, staatlich eingeschränkt werden müsse.**

In der Vielfliegernation Schweiz, so die Argumentation, werden täglich unmündige Bürger aufs Neue von rücksichtslosen Flugunternehmen durch Plakatwerbung dazu genötigt, ins Ausland zu fliegen. Erreicht werde das durch verführerische Werbekampagnen.

### Feindbild Flugzeug

Flugreisen leisten einen wesentlichen Anteil an den jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoss. Die Klimakrise wird, so denn wir nicht sofort unverzüglich handeln, unser aller Ende bedeuten, so Nationalrätin Thorens Goumaz. Deshalb soll der Bundesrat prüfen, ob und wie es möglich wäre, Werbung für Flüge und Autos einzuschränken. Denn Werbung für Billigflüge beeinflusse unser Konsumverhalten. Allgemein findet die Nationalrätin Werbung für «besonders klimaschädliche Produkte» fragwürdig. Deshalb schlägt sie vor, die Rechtsgrundlagen so anzupassen, dass der Bund Werbung in diesem Bereich begrenzen könnte.

### Keine Eigenverantwortung für Berner

Ähnlich tönt es aus der Stadt Bern, wo Vertreter der «Jungen Alternative JA!» in einer Motion gar das komplette Verbot von Werbung für Flugreisen, Airlines und Autos fordern. Der Klimawandel werde unsere Welt völlig zerstören, und das sei auch nicht mehr vollständig aufzuhalten, steht in der Motion. Um aber die Folgen doch ein bisschen dämpfen zu können, müsse zu drastischen Massnahmen gegriffen werden. Dafür braucht



man schweres Geschütz, denn an die Eigenverantwortung könne nicht mehr appelliert werden, lautet es in der Erklärung. Es brauche jetzt griffige gesetzliche Massnahmen.

### Warnhinweise auf Plakaten

Die einzige geeignete Massnahme wäre für «JA!» ein komplettes Werbeverbot für schädliche Verkehrsmittel. Zudem soll auf indirekten Werbungen ein Hinweis, ähnlich wie bei Tabakprodukten, platziert werden, der ausführt, dass entsprechende Handlungen «der Gesundheit dieser und auch zukünftiger Generationen schweren Schaden» zufügen.

Ziel ist, dass das Fliegen oder Autofahren nicht mehr als normal angesehen wird. Im Gegenteil müsse es als ein moralisch verwerfliches Übel angesehen werden.

### Berner Stadtparlament offen

Der Berner Gemeinderat sympathisierte mit diesem Vorschlag. Er empfand ihn als «prüfenswert». Eilig damit hat er es aber nicht. Für den Prüfungsbericht will er sich bis 2027 Zeit nehmen. Denn die Rahmenbedingungen für Plakatwerbung sind für die Konzessionsperiode bis 2027 schon definiert. Zum Guten oder Schlechten sind dem Gemeinderat die Hände gebunden. Stellt sich nur die Frage, wie der zukünftige Gemeinderat auf diese Evaluation 2027 reagieren wird. Denn vielleicht ist ja die Welt bis dann schon untergegangen. Oder die grüne Welle abgeflaut?

## Paragrafen-Warnung

### Verbot von Süssgetränken

In Singapur soll sämtliche Werbung für Süssgetränke verboten werden. Damit wollen die Behörden der sich verbreitenden Diabetes Einhalt gebieten, berichtet CNN. Laut dem Gesundheitsministerium Singapurs wird das Verbot die ungesunden aller Süssgetränke, d.h. diejenigen mit dem höchsten Zuckergehalt, umfassen. Jegliche Werbung in Printmedien, im Fernsehen oder Online soll verboten werden. Weiter müssen die betroffenen Produkte neuerdings einen Farbcode verwenden, der den Zuckergehalt und andere Informationen über den Nährwert des Produktes anzeigt. Doch diese neuen Verbote seien nur erste Schritte im Kampf gegen Diabetes: Weitere Vorschläge, wie ein komplettes Verbot solcher Süssgetränke, seien noch nicht vom Tisch, so die Behörde.

### Fahrverbot für junge Erwachsene

Die Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) schlägt in ihrem neusten Bericht zur Verkehrssicherheit junger Erwachsener verschiedene Massnahmen zur Unfallprävention vor. Unter anderem hält sie ein Nachtfahrverbot für Erwachsene unter 25 Jahren für prüfenswert. Ebenfalls interessiert scheint das bfu an einem Mitfahrverbot von Gleichaltrigen für dieselbe Alterskategorie. Ebenso denkbar für das bfu wäre eine Kombination dieser Verbote. Begründet wird das Verbot mit dem erhöhten Unfallrisiko von Neulenkern, speziell bei Nacht, wenn der Fahrer müde ist und die Strasse dunkel.

### Wasser und Säfte fördern

Benjamin Roduit (Nationalrat CVP) fordert in einer Motion den Bundesrat dazu auf, das Trinken von Wasser und Fruchtsäften zu fördern. Damit soll das Übergewicht in der Bevölkerung, das eines der Hauptprobleme der öffentlichen Gesundheit in der Schweiz sei, bekämpft werden. So schlägt Roduit vor, Wasserbrunnen oder Flaschen mit natürlichem Mineralwasser zu fördern. Die Massnahmen, die auf Kantons- und Gemeindeebene ausgedehnt werden sollten, würden der Gesundheit der Bevölkerung zugutekommen. Gleichzeitig würde das Trinken von lokal produzierten Getränken einen positiven Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel leisten.

### Alkoholfreie Zonen in der Stadt Zürich

Die Zürcher Stadtpolizei wird im Kampf gegen die zunehmend negativen Erscheinungen des städtischen Nachtlebens kreativ. So schwebt deren Chef ein Verbot von Alkohol in gewissen Zonen vor. Ob dies wirklich der richtige Lösungsansatz ist, ziehen Nationalräte von Links bis Rechts in Zweifel.



LIBERALES INSTITUT

## Veranstungshinweis

**LI-Freiheitsfeier 2019 «Die Tugend der politischen Zurückhaltung»**

**Mittwoch, 4. Dezember 2019, Zunfthaus zur Saffran, Limmatquai 54, Zürich, 18.30 Uhr**

Verleihung des Röpke-Preises für Zivilgesellschaft an **Prof. Dr. Tobias Straumann**, Universität Zürich, mit anschliessender Rede des Preisträgers: «Sind wir so reich, weil die andern so arm sind?», sowie Verleihung des Constant-Essaypreises für Studierende im Rahmen des Jahrs der Milizarbeit.

**Anmeldung unter: [libinst@libinst.ch](mailto:libinst@libinst.ch)**

## Schlusspunkt

# Ständerat bremst Verordnungsveto

**Seit über 10 Jahren diskutieren Nationalrat und Ständerat Vorstösse zur Einführung eines Verordnungsvetos. Während das Anliegen im Nationalrat stets Mehrheiten fand, lehnte die kleine Kammer etliche Vorstösse ab. Nach diversen Anläufen stimmte die staatspolitische Kommission des Ständerats vor drei Jahren einer Initiative von Nationalrat Thomas Aeschi zu. In der Herbstsession hätte der Gesetzestext nun verabschiedet werden sollen – und plötzlich votierte der Ständerat wieder dagegen.**

Politik kann bisweilen nervenaufreibend sein und viel Geduld erfordern. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Vorlage zum Verordnungsveto. Früher sah die Gesetzgebung gelegentlich vor, bestimmte Verordnungen des Bundesrates der Genehmigung durch die Bundesversammlung zu unterstellen. Diese Genehmigungsvorbehalte sind grösstenteils aufgehoben worden.

Von 1994 bis 2011 wurden insgesamt sechs parlamentarische Initiativen eingereicht, welche ein Verordnungsveto forderten. Drei wurden von beiden Räten abgelehnt, während drei Vorstösse im Nationalrat eine Mehrheit fanden und erst durch den Ständerat verworfen wurden.

### IG Freiheit an vorderster Front

Die Vertreter der IG Freiheit kämpften stets an vorderster Front für dieses wichtige Instrument. Nachdem unser Vorstandsmitglied Jean-René Fournier (CVP/VS) erstmals im Ständerat einen entsprechenden Vorstoss eingereicht hatte, war der Weg für eine gleichzeitig einreichte Initiative von Nationalrat Thomas Aeschi (SVP/ZG) gebnet.

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats gab dieser Initiative im Januar 2015 Folge. Die ständerätliche Kommission hingegen lehnte sie im August desselben Jahres ab. Darauf hatte das Nationalratsplenum zu entscheiden, welches im April 2016 mit 120 zu 65 Stimmen bei 5 Enthaltungen am Entscheid seiner Kommission festhielt und die Initiative befürwortete. Daraufhin stellte sich in der ständerätlichen Kommission ein Umdenken ein: Am 25. August 2016 stimmte auch die Staatspolitische Kommission des Ständerats mit 8 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

### Erarbeitung der Gesetzesvorlage

In den darauffolgenden Jahren erarbeitete die nationalrätliche Kommission eine Gesetzesvorlage, zu welcher auch eine Vernehmlassung durchgeführt wurde. Gemäss dem erwähnten Gesetzesentwurf kann ein Drittel von National- oder Ständerat den Antrag für ein Verordnungsveto einbringen. Dieser Antrag muss zunächst von der zuständigen Fachkommission geprüft werden. Teilt eine Mehrheit der Kommission das Anliegen, wird der Antrag

dem Ratsplenum unterbreitet. Diese Regelung stiess mehrheitlich auf Zustimmung. Vor allem unter den bürgerlichen Parteien und den Wirtschaftsverbänden herrschte Einigkeit.

Am 18. Juni behandelte der Nationalrat die Gesetzesvorlage im Rahmen der Sommer-session. Der Nichteintretensantrag der linken Fraktionen wurde abgelehnt. Nationalrat Gerhard Pfister, Vizepräsident der IG Freiheit, skizzierte die Situation anschaulich, in dem er sich an das Publikum auf den Rattribünen wandte: «Das Problem, das wir jetzt haben: Es gibt Situationen, wo die Verwaltung und die Exekutive eine Verordnung machen, die nicht dem entspricht, was Sie, der Souverän, und wir hier drin wollen; Situationen, wo sich die Exekutive also quasi auf unsere Plätze oder sogar auf die Plätze, die für Sie bestimmt sind, setzt.» Nationalrat Gregor Rutz führte die Überlegungen fort: «Wir hier – Kollege Pfister hat das anschaulich ausgeführt – machen die Gesetze. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass die Gesetze nur noch 12 Prozent der gesamten Regulierung, die heute täglich in Kraft tritt, ausmachen, während ein Drittel der Regulierung aus Verordnungen stammt. Das zeigt auch, wie sich das Kräfteverhältnis entwickelt hat, und es zeigt den Einfluss, den Exekutive und Verwaltung auf unser tägliches Leben haben können und teilweise auch haben wollen.»

### Stärkung der Gewaltenteilung

Was oftmals übersehen wird: Das Verordnungsveto bedeutet keine Verletzung der Gewaltentrennung – im Gegenteil. Dieses Instrument dient vielmehr dazu, bestehende Verletzungen der Gewaltenteilung zu korrigieren. Schliesslich ist es zentrale Aufgabe der Exekutive, die vom Parlament beschlossenen Gesetze umzusetzen.

Dass der Ständerat in seiner Sitzung vom 25. September unerwartet beschloss, auf die fertige Vorlage nicht mehr einzutreten, ist irritierend und ärgerlich. Nun liegt der Ball wieder beim Nationalrat. Dessen Staatspolitische Kommission hat am 11. Oktober bereits mit 16 zu 7 Stimmen beschlossen, am Verordnungsveto festhalten zu wollen. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Beschluss auch nach den Wahlen Bestand hat.

## Fenchel zum Znüni

Das Erziehungsdepartement des Kantons Genf erliess Empfehlungen für den Znüni von Schulkindern. So werden den Kindern, beziehungsweise deren Eltern, Znünis bestehend aus Kohlrabi, Fenchel, Nature-Joghurt oder Reiswaffeln nahegelegt. Von zucker- oder kalorienhaltigen Esswaren wie Gipfeli, Cornflakes oder gar Schokolade wird abgeraten.

Was als eine gutgemeinte Empfehlung begann, entwickelte sich mehr und mehr zu strikter Kontrolle. In manchen Schulen schossen die Lehrer über das Ziel hinaus und begannen, ungesunde Speisen zu verbieten. Widersetzt sich jemand dem Verbot, wird der Znüni kurzerhand konfisziert und entsorgt.

Dieser übertriebene Aktivismus gewisser Lehrkräfte gab zu Kritik Anlass. Laut Behörden sind solche Interventionen gar nicht zulässig. Ähnlich bezieht auch der Lehrerverband Stellung. Laut ihm liegt es in der Verantwortung der Eltern, was sie ihren Kindern zum Znüni mitgeben.



## Veranstaltungen

### 14. Verleihung des «Rostigen Paragraphen»

14. Mai 2020

«Aura», Bleicherweg 5, 8001 Zürich

## Impressum

IG Freiheit  
Postfach 470  
CH-8702 Zollikon  
T +41 43 499 40 33  
F +41 44 391 32 30  
info@freiheit-liberte.ch  
www.freiheit-liberte.ch  
Postkonto: 85-518003-6  
Auflage: 3'000 Expl.